ingen, den 16. April 1921.

Anzeige.

n und Bekannten die trau-
lieber Gatte, Vater, Bruder,
roßvater

ieb Sattler

konom

eiden im Alter von 67 Jah-

bittet die trauernde Gattin:
ne Sattler geb. Müller
mit Kindern:
en Andreas Kußmaul
Friedrich Mast
ath. geb. Kußmaul
en August Morlok
Louis Sattler
Christian Kußmaul.

ttag mittag 2 Uhr.

ntz, den 18. April 1921.

sagung.

rweise hergl. Anteilnahme,
den unseres lieben Vaters,
ervaters

h Dreher

zahlreiche Leichenbegleitung
für den erhebenden Gesang
Jungfrauenvereins, für die
n Geistlichen und diejenigen
Kirchenchors sagt herzl. Dank
auernden Hinterbliebenen:
ina Dreher.

n 4—6 Abenden
rs in Geistes-
Anthroposophie.
1825
haar, Wildberg.

Statt Karten.
Clara Schwarzkopf
Adolf Bauer
Iridologe
Verlobte
Nagold Altensteig

Frisch eingetroffen:
Feinster Tafelsenf
offen und in Emaileimern
à 10 u. 6 kg
Essiggurken und
Gewürzgurken
offen und in Dosen à 1 u.
5 Liter
billigst bei 1801
Berg & Schmid.

150 Ltr.
Obstmost
verkauft.
Wer? sagt die Geschäftsst.
d. Bl. 1835

Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen Deutsche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 12.—, auswärts 12.45 zuzügl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 50 Pfg., bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826. Fernsprecher 29

Druck und Verlag der G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung: K. Mäder, Nagold.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 89 | Dienstag den 19. April 1921 | 95. Jahrgang

## Die Reparationsvorschläge Deutschlands

Aus dem Munde des Reichsministers Dr. Simons hat die Oeffentlichkeit erfahren, daß Deutschland noch vor dem 1. Mai, dem Tage der Fälligkeit der großen Reparationsrechnung, aus eigener Initiative sich um eine Verständigung mit den Alliierten bemühen wird. Inzwischen hat Herr Briand, Frankreichs Ministerpräsident, nach der Freitag-Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die der Erörterung neuer Zwangsmaßnahmen nach dem 1. Mai galt, mit starker Betonung versichert, daß er keine Vermittlung annehme und nur von den offiziellen Vertretern Deutschlands direkte Vorschläge hören wolle. Reuter hat mit allerlei Verklausulierungen versichert, daß man neue deutsche Vorschläge aufmerksam prüfen wolle, und auf dem Umwege über ein Pariser Blatt wird eine sich auf amtliche deutsche Information berufende Berliner Meldung der „United Preß" bekannt, nach der zwischen der deutschen Regierung und der der Ver. Staaten binnen kurzem Verhandlungen über ein Arrangement beginnen würden, auf Grund dessen die finanziellen Verpflichtungen der Alliierten gegenüber Amerika von Deutschland übernommen würden. Die Unklarheit, die sich aus dieser Situation ergibt, hat auch zu manchen schiefen und halben Angaben in Berliner Blättern geführt, die nicht geeignet waren, die Vorstellungen von dem, was man wirklich von Deutschland aus geschehen werde, zu klären.

Seit der Indiskretion der „Germania", die durch das nachfolgende Dementi in ihrem wesentlichen Inhalt nicht entkräftet wurde, weiß man ungefähr, in welcher Richtung sich die Absichten der Reichsregierung bewegen. Die Regierung will vor dem 1. Mai noch einen äußersten Versuch unternehmen, mit den Alliierten einen Ausgleich zu schaffen, der gleichermaßen deren Bedürfnissen gerecht wird, wie auch auf die Leistungsfähigkeit Deutschlands Rücksicht nimmt. Daß dies auf dem Wege, den man in London beschritten hat, kaum möglich ist, hat das Scheitern der Londoner Konferenz gezeigt. Dazu kommt die Erkenntnis, daß Europa allein überhaupt nicht imstande ist, sich zu sanieren, wenn nicht die Vereinigten Staaten, das Gläubigerland, dem mehr oder weniger alle europäischen Länder verschuldet sind, sich an der Auseinandersetzung in ihrem eigenen Interesse irgendwie beteiligen. Aus diesen Erwägungen heraus entsprang der Gedanke, nicht etwa eine amerikanische Vermittlung in Anspruch zu nehmen, sondern dasjenige Land, ohne dessen tatkräftige Anteilnahme an den wirtschaftlichen Geschicken Europas eine Gesundung einfach nicht möglich ist, über die aktive Bereitschaft Deutschlands zur Erfüllung der Reparationsschuld und über die Rolle, die es selbst dabei spielen kann, ausreichend aufzuklären. Diese Aktion begann bereits mit der Uebergabe des bekannten Memorandums und findet jetzt in konkreter Form ihre Fortsetzung in einem neuen Schritte, der die Washingtoner Regierung bestimmen soll, von sich aus im Sinne der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens in Europa einzugreifen.

Die neuen deutschen Vorschläge, die nach der Rückkehr des Ministers Dr. Simons innerhalb der beteiligten Amtsstellen ausgearbeitet wurden, tragen diesen Erwägungen Rechnung und ihr hauptsächlichster Inhalt ist auf die Anregung einer neutralen Stelle, die sich zur Uebermittlung bereit erklärte — genannt wird der Vatikan — nach Washington weitergeleitet worden. Der Vorschlag der Schuldübernahme, die in der erwähnten Meldung der „United Preß" genannt wird, bildet davon nur einen Teil. Ihm tritt als Variante die Zusage zur Seite, daß Deutschland eine internationale Anleihe, bei der vielleicht Amerika die Führung übernähme, alle nur denkbaren realen Sicherheiten aus seinem Vermögen geben und sich zur Feststellung seiner Leistungsfähigkeit vorbehaltlos der Entscheidung unparteiischer Sachverständiger unterwerfen würde. Auch die seit längerer Zeit bekannte Absicht, den Franzosen neue bestimmte Anerbieten für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete vorzulegen, wird vermutlich im Rahmen dieser Alternativvorschläge erwähnt.

Das politische Desinteressement Amerikas an den europäischen Verhältnissen, das die Botschaft Hardings erst neuerdings wieder deutlich erkennen ließ, sollte der Erwartung nicht entgegenstehen, daß das eigene wirtschaftliche Interesse die Amerikaner zur Geltendmachung ihres Schwergewichtes auch bei der Regelung der auf Europa lastenden wirtschaftlichen Probleme bestimmen könnte. Ob diese Erwartung gerechtfertigt ist, wird sich wohl in kurzer Zeit erweisen. Aber auch wenn die jetzt eingeleitete Aktion nach Amerika hin das erwünschte Ergebnis zeitigt, wird Deutschland eine unmittelbare Auseinandersetzung mit seinen Reparationsgläubigern nicht erspart bleiben. Nur würde sich dann die Möglichkeit bieten, mit besseren greifbaren Unterlagen, als dies in London der Fall war, für die auch von uns anerkannten finanziellen Bedürfnisse namentlich Frankreichs einen positiven Gegenwert zu bieten. Insofern brauchte Herrn Briands Ablehnung anderer als direkter Angebote den Erfolg des deutschen Verständigungsversuches nicht in Frage zu stellen. Vielleicht hat die deutsche Oeffentlichkeit schon in wenigen Tagen Gelegenheit, von den neuen Vorschlägen Deutschlands Kenntnis zu nehmen. Bleibe der Versuch, auf dem Wege über Amerika mit den Alliierten zu sachlichen Verhandlungen auf Grund dieser Vorschläge zu gelangen, ergebnislos, so wird nichts übrig bleiben, als eine letzte Vorstellung an die Alliierten und an die Reparationskommission zu richten und vor der ganzen Welt unsere positive Bereitschaft zur Leistung des von uns Angebotenen zu bekennen. Die Reichsregierung glaubt jedenfalls mit reinem Gewissen dem 1. Mai entgegensehen zu können, wenn sie bis dahin alle nach ihrer Ueberzeugung nur möglichen Schritte zu einer sachlichen Auseinandersetzung und zur Vermeidung der widerrechtlich angedrohten Sanktionen getan hat.

## Der Völkerbund und die Finanzhilfe für Oesterreich.

Die Londoner Konferenz hat bekanntlich das Problem der finanziellen Wiederaufrichtung Oesterreichs auf das Finanzkomitee des Völkerbundes abgeladen. Hat man diese Entscheidung der Londoner Konferenz schon mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen, so hat der weitere Verlauf, den die Angelegenheit nun zu nehmen scheint, den vorherrschenden Skeptizismus Wiens nur noch mehr verstärkt. Der Finanzausschuß des Völkerbunds hat sich zwar mit kühnem Anlauf schon in der Woche nach Ostern mit der österreichischen Finanzfrage beschäftigt. Aber das Ergebnis war nur, was die Pessimisten bereits vorhergesagt hatten: es wird eine neue Untersuchungskommission nach Oesterreich entsendet werden. Von dieser Methode, die weder neu noch originell ist, hat Oesterreich jedoch schon genug gehabt. Oesterreich ist mit amtlichen u. halbamtlichen Studienkommissionen geradezu überschwemmt worden. Insbesondere hat die Wiener Sektion der Reparationskommission, die jetzt in der Uebersiedlung nach Paris begriffen ist, in ihrer zweijährigen Bestandzeit das wirtschaftliche und finanzielle Problem Oesterreichs in alle seine Verästelungen hinein studiert und auch in dem Projekt seines Vorsitzenden, des Engländers Sir William Goode, ein Gutachten erstattet, das den vielleicht einzigen, jedenfalls den geeignetsten Weg zum Wiederaufbau Oesterreichs weist, aber in den Augen der Ententegewaltigen, insbesondere Lloyd Georges, keine Gnade gefunden hat, weil es eine finanzielle Hilfeleistung der Westmächte für Oesterreich vorgeschlagen hat. Die Herren von der Entente, besonders aber Lloyd George, möchten Oesterreich helfen, ohne sich selbst, das heißt, ihre eigenen Länder, dabei in Unkosten zu stürzen. Man verfiel dann auf das Projekt Loucheur, das in Form eines Finanzgeschäfts die private Kredithilfe für Oesterreich zu organisieren versuchte, obwohl es klar war, daß man ohne eine Garantie der Großmächte das Privatkapital entweder gar nicht oder nur zu unerträglichen Bedingungen für das österreichische „Geschäft" gewinnen konnte. Die Pariser Vorbesprechungen über das Projekt Loucheur hatten denn auch sehr bald Formen angenommen, die auf eine Auslieferung des österr. Staates auf Gnade u. Ungnade an das Diktat des Privatkapitals hinausgelaufen wären. Auch in seiner größten Not hätte das deutsch-österreichische Volk eine solche Preisgabe der Unabhängigkeit des Landes und seine Beugung unter das Joch ausländischer Kapitalisten nicht angenommen.

Man hat also das Projekt Loucheur wieder fallen gelassen, wie man das Projekt Goode fallen gelassen hat. Man hat sich in London dem sog. Projekt der Meulen zugewendet, das auch im wesentlichen auf der Mobilisierung des Privatkapitals gegen Pfandbestellung beruht. Um diese Pfandmöglichkeit zu beschaffen, haben die Regierungen, die auf der Londoner Konferenz vertreten waren, erklärt, daß sie im Prinzip in den Verzicht auf die ihnen auf Grund des Friedens von Saint Germain zustehende Generalhypothek einwilligen. Die Londoner Konferenz hat auch beschlossen, Amerika und die anderen assoziierten und neutralen Mächte für Oesterreich zu interessieren.

Aber das ist ein Programm auf lange Sicht. Oesterreich, das einen Fehlbetrag von nahezu 50 Milliarden und einen Valutastand von nie dagewesener Tiefe hat, dabei aber auf eine Milliardeneinfuhr von Lebensmitteln, Kohlen und Rohstoffen angewiesen ist, braucht aber sofortige und großzügige Hilfe. Es kann nicht warten, bis eine Studienkommission nach der anderen an diesem unglücklichen Lande ihre Gründlichkeit erprobt haben. Inzwischen hat freilich das Finanzkomitee des Völkerbunds noch ein übriges getan und eine Denkschrift über das österreichische Problem ausgearbeitet, von der man indessen bisher nicht für notwendig erachtet hat, Oesterreich selbst offiziell in Kenntnis zu setzen. Aber nach dem Auszug, den das Reutersche Büro verbreitet hat, ist leider die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß das Finanzkomitee des Völkerbundes über die Verhältnisse in Oesterreich ganz falsch unterrichtet ist. Unter vollkommener Verkennung der Tatsache, daß Oesterreich in allererster Reihe eine große ausländische Kredithilfe nottut, und daß einzig u. allein diese die Grundlage für den Wiederaufbau Oesterreichs bilden kann, die Sanierung Oesterreichs also von außen erfolgen und nach innen hin wirken muß, scheint das Finanzkomitee des Völkerbundes sich auf den umgekehrten Weg begeben zu wollen. Die Weisheit des Finanzkomitees scheint sich in den Schlagworten zu erschöpfen: Einstellung der Notenpresse, Herabminderung der Ausgaben, eine innere Anleihe und daraufhin erfolgende Ordnung der Währung. Erst wenn alle diese Wege zum Ziele geführt hätten, würde das Finanzkomitee des Völkerbundes eine äußere Anleihe mit Pfändern in Betracht ziehen können.

Dieses Projekt der Meulen hat in allen seinen Teilen bei den österreichischen Sachkennern eine verzweifelt schlechte Aufnahme gefunden. Es scheint also, daß das Finanzkomitee des Völkerbundes nicht nur noch immer nicht über die wirkliche Lage in Oesterreich richtig unterrichtet, sondern sich auch über die Wirkungen und Möglichkeiten seines eigenen Planes noch nicht klar ist. Ein Wiederaufbau der österreichischen Volkswirtschaft ist nur auf den umgekehrten Etappen möglich, wie sie der Völkerbund ins Auge gefaßt zu haben scheint. Den Anfang muß die rasche und gründliche ausländische Kredithilfe machen. Daraufhin kann die Wirtschaft saniert und erst dann mit Erfolg die Währung in Ordnung gebracht werden. Alles andere ist eine Doktor Eisenbart Kur.

### Die Wiederaufrichtung des österreichischen Kredits.

Wien, 17. Apr. Nach ihrer Vorstellung beim Bundespräsidenten Hainisch wurden die Delegierten der Finanzkommission des Völkerbundes vom Bundeskanzler Dr. Mayer in Anwesenheit des Finanzministers und des Ministers für Volksernährung empfangen. Der Bundeskanzler sprach dem Völkerbund den wärmsten Dank für die Bereitwilligkeit aus, sich der für Oesterreich lebenswichtigen Aufgabe der Wiederaufrichtung des österreichischen Kredits zu unterziehen. Die österreichische Regierung sei sich bewußt, daß es vor allem ihre Sache und Pflicht sei, mit aller Kraft an der staatsfinanziellen Sanierung zu arbeiten. Der Kanzler richtete an die Finanzkommission des Völkerbundes die Bitte, ohne Verzug mit den maßgebenden finanziellen Kreisen in Verbindung zu treten, um die Kreditaktion durchzuführen, sobald die formellen Voraussetzungen erfüllt seien.

## Die internationale Regelung der Landarbeit.

Der Friedensvertrag enthält bekanntlich auch Bestimmungen über die Schaffung eines internationalen Arbeitsamtes, welchem die Aufgabe obliegt, die Arbeitsverhältnisse international möglichst gleichartig zu regeln. Gemäß dieser Anordnung haben bereits zwei internationale Arbeitskonferenzen stattgefunden, nämlich eine im Herbst 1919 in Washington, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen in der Industrie und dem Handel, und eine Konferenz im Frühjahr 1920 in Genua, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen der Seeleute befaßte. Da nun gemäß Artikel 427 des Friedensvertrages aber nicht nur die Arbeitsverhältnisse dieser Gruppen, sondern überhaupt aller Lohnarbeiter, welche auf fremde Kosten arbeiten, einer Regelung unterworfen werden sollen, so ist für die nächste Konferenz auch eine Behandlung der Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft vorgesehen. Diese Konferenz sollte nach den ersten Plänen bereits im April d. Js. in Genf stattfinden, ist aber nun mehr auf den Oktober verschoben worden.

Die internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft findet nicht in allen Ländern gleichen Beifall. Arbeitgeber, aber auch Arbeitnehmer haben schwerwiegende Bedenken dagegen geltend gemacht, welche besonders auf der unabänderlichen Tatsache beruhen, daß die Landwirtschaft wie kein anderes Gewerbe von natürlichen Faktoren (Klima, Jahreszeiten) abhängig ist. In der Industrie, im Handel und in allen andern Gewerben — außer in der Landwirtschaft und zum großen Teil auch in der Forstwirtschaft — lassen sich einheitliche Festsetzungen, wie sie der 8 Stundentag bezw. die 48 Stundenwoche darstellt, treffen, ohne daß — wenn alle Beteiligten in gleicher Weise verfahren — irgend jemand durch derartige Festsetzungen mehr als ein anderer betroffen wird. In der Landwirtschaft hingegen ist dergleichen völlig ausgeschlossen. Man denke daran, daß in den gemäßigten und nördlichen Klimaten die Hauptarbeitsperiode in den Monaten April bis November liegt, während in den übrigen Monaten landw. Arbeiten nur in geringem Umfange ausgeführt werden können. In südlicheren Ländern, zumal aber in den subtropischen und tropischen Gebieten, verteilt sich die Arbeit in viel gleichmäßigerer Weise über das ganze Jahr.

Außer diesen Verschiedenartigkeiten kommt ferner für eine internationale Regelung erschwerend in Betracht, daß man in der Landwirtschaft scharf zwischen extensiven u. intensiven Betrieben unterscheiden muß, während derartige Unterscheidungen für die Industrie naturgemäß nicht in Betracht kommen. Der die Urkräfte des Bodens nutzende landwirtschaftliche Betrieb ist je nach den natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen des betreffenden Landes extensiv oder intensiv. Man denke an Verschiedenartigkeiten, wie sie auf der einen Seite beispielsweise Deutschland mit seiner durchaus intensiven Landwirtschaft und auf der anderen Seite Australien oder Argentinien mit ihren im allgemeinen sehr extensiven landw. Betriebsverhältnissen darstellen. Bei uns ein Höchstmaß von Kapital und Arbeit, — dort das Streben, mit möglichst geringem Aufwand von Geld und Arbeit den Boden zu nutzen. Bei uns relativ kleine, sorgfältig bestellte Flächen u. eine intensive Viehzucht, die sich jedes einzelnen Tieres annimmt, — dort unendliche Länderstrecken mit ein u. derselben Fruchtart und umherstreifenden Herden von Rindvieh und Schafen.

Es bedarf keiner näheren Erörterung, daß derartig starke Gegensätze, wie sie die Industrie nicht kennt, eine internationale schematische Arbeitsregelung in der Landwirtschaft unmöglich

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

machen; dieser Standpunkt ist gegenüber dem Vorschlage des internationalen Arbeitsamtes auch von mehreren Staaten betont worden. Zwar wird nicht verkannt, daß es etliche Zweige der landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse gibt, in denen eine internationale Regelung nicht nur möglich, sondern teilweise auch keineswegs unzweckmäßig erscheint wie z. B. Einführung von Arbeiterversicherungen gegen Unfall, Krankheit, Invalidität, Alter; allgemeine Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit; Schutz der Frauen und der Kinder gegen eine übermäßige, ihrer körperlichen Beschaffenheit nicht entsprechende Verwendung; Unterbringungsfragen, sowie schließlich das Vereinigungs- und Koalitionswesen. Auf diesem Gebiete hat die Festsetzung von internationalen Richtlinien viel für sich, doch — und dieses wird allgemein auch von den Arbeitnehmern anerkannt — nicht für Deutschland; denn dieses marschiert bei allen derartigen Maßnahmen bereits jetzt an der Spitze der zivilisierten Völker.

## Kleine politische Nachrichten.

### Das sollte zu denken geben.

Einen Anschlag auf den Schnellzug München—Saarbrücken versuchten kürzlich marokkanische Soldaten bei Zweibrücken. Südlich dieser Stadt ist die Bahn in einem 1½ Kilometer langen und bis zu 20 Meter tiefen Einschnitt herumgeführt; oberhalb dieses Einschnittes liegen die Kasernen, die früher von dem 22. bayerischen Inf. Rgt. und jetzt von einem marokkanischen Schützenregiment belegt sind. In der letzten Zeit wurden von Bahnbeamten auf den Schienen dieses Einschnittes wiederholt Steine und Felsblöcke gefunden, die nur absichtlich dahin gelegt sein konnten. An einem Abend bemerkte nun ein Streckenwärter, wie marokkanische Soldaten damit beschäftigt waren, einen Baumstamm quer über die Schienen zu legen; es war kurz, ehe der Schnellzug die Strecke passieren sollte. Dem hinzueilenden Bahnwärter gelang es noch, das Hindernis zu beseitigen und dadurch ein gräßliches Unglück zu verhüten. Die Täter waren aber mittlerweile entkommen. Nur bolschewistische Lust am Zerstören oder der Haß gegen die Franzosen kann den Marokkanern dieses Attentat eingegeben haben; denn der Schnellzug der in Saarbrücken Anschlüsse nach Metz und Paris hat, ist in der Regel stark von französischem Militär und Zivilisten besetzt. Wie Marokkaner, die etwas deutsch sprechen, offen erklärten, haben sie gegen die Franzosen einen mindestens ebenso großen Haß, wie gegen die Deutschen. Sie bezeichnen sich stolz als Araber, die eine weit edlere Rasse seien wie die Franzosen und dereinst mit Türken und Russen die Franzosen aus Afrika und Kleinasien hinauswerfen würden. Ein Ausfluß dieses Hasses mag das versuchte Attentat gewesen sein, von dem insbesondere die Rekruten beseelt sind, die das Regiment kürzlich direkt aus Nordafrika erhalten hat. Diese Rekruten, die, wie man hört, in Afrika nur 6 Monate ausgebildet sind, zeigen eine unbändige Wildheit, die sich auch gegen die männliche Zivilbevölkerung gekehrt hat.

### Die Besetzung des Ruhrgebiets als Erpressungsmittel.

Der Matin sagt: Es wäre unklug anzunehmen, daß, wenn man einmal das Ruhrgebiet vom übrigen Deutschland getrennt habe, Deutschland sofort kapitulieren werde. Das Ruhrgebiet müsse nicht nur ein Druck, sondern auch ein Zahlungsmittel sein. Man müsse eine längere Besetzung ins Auge fassen und kein Mittel unversucht lassen, um die normale Produktion aufrecht zu erhalten. Zuerst müßten die zwei Millionen Tonnen Kohlen für die Entente monatlich sichergestellt werden. Es sei viel vernünftiger, Deutschland die übrig bleibenden Kohlen teuer zu verkaufen als sie ihm zu entziehen, weil die Operation im Ruhrgebiet Geld einbringen anstatt Geld kosten solle. Eine Besteuerung von 50 % pro Tonne würde allein von den Kohlen 250 Millionen Francs im Monat einbringen. Dazu käme noch der Verkaufspreis, den die Neutralen für die Kohlen bezahlten. Die Arbeitslöhne würden von Kontributionen, die man den Städten auferlege, bezahlt werden. Nach einem Plan von Loucheur sollten die Fabriken im Ruhrgebiet, namentlich die metallurgischen, zum Nutzen der befreiten Gebiete ausgebeutet werden.

### Die Sozialdemokratie des Ruhrgebiets zur Besetzungsfrage.

Die „Volkstimme" nimmt scharf Stellung gegen die Auslassung Hubert Jaques' im Pariser „Journal". Das Blatt schreibt, der Pariser Schriftsteller, der andauernd zum Vorrücken blase, habe behauptet, daß die Arbeiter bei dem Einmarsch der Ententetruppen in Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort gleichgültig gegenüber gestanden hätten, und schließe daraus, daß, wenn die Entente den deutschen Arbeitern genügend zu essen gebe, sich diese alles gefallen lassen und gegen die weitere Besetzung des Ruhrgebiets nichts einwenden würden. Das Blatt erklärt, daß sich Hubert Jaques eine lächerliche Vorstellung von der deutschen Arbeiterschaft mache, wenn er glaube, daß diese bereit sei, für ein bißchen Essen und Trinken ihre Ideale des Sozialismus und den Kampf gegen den Imperialismus preiszugeben. Frankreich solle nicht denken, daß es die deutschen Arbeiter zu Arbeitssklaven herabdrücken könne.

Auf diesen Artikel hin ist dem Blatt eine Verwarnung zugegangen, in der die Besatzungsbehörde sagt, daß das Blatt, da es schon einmal auf 10 Tage verboten war, in Zukunft mit einem Verbot von mindestens einem Monat zu rechnen habe.

### Die russische Regierung General Wrangels.

Das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht eine längere Note, daß General Wrangel in Konstantinopel eine Art russische Regierung gebildet habe und die von ihm befehligten Truppen, die er aus der Krim mitgeführt habe, zu behalten gedenke. Der General übe einen fortschreitenden Druck aus, damit sie sich den Maßnahmen, die Frankreich vorgeschrieben habe, widersetzen. Er klage Frankreich an, die Kosaken den Bolschewisten ausliefern zu wollen. Die Note erklärt, eine derartige Haltung sei unzulässig. Frankreich habe das Recht zu verlangen, daß die ungeheuren finanziellen Opfer, die es für die Evakuierten gebracht habe, besser gewürdigt würden. Die Note stellt ferner fest, die französische Regierung habe im Einverständnis mit den Alliierten immer die Ansicht vertreten, daß die Evakuierten keine Armee darstellten und daß sie nur provisorisch und aus reiner Menschlichkeit heraus Gastfreundschaft genießen könnten. Die Existenz eines solchen Heeres auf türkischem Gebiet widerspreche dem internationalen Recht und sei gefährlich für den Frieden. Die Evakuierten müßten dem Einfluß des Generals Wrangel entzogen werden. Frankreich, das seit fünf Monaten Unterstützungen leiste, sei im übrigen an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen.

### Eine Verteidigung Levis.

Die Kommunisten Broß, Däumig, Adolf Hoffmann, Klara Zetkin u. a. ergreifen in einer Erklärung in der Roten Fahne das Wort zur Verteidigung des aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Paul Levi. Sie erklären, daß sie die Auffassung Levis über die Märzaktion und über das Verhalten der Zentrale der K. P. D. teilen. Die Zentrale habe durch die Unterstützung der putschistischen Aktion die Partei in die schwerste Verwickelung gestürzt. Die Unterzeichner der Erklärung verlangen die beschleunigte Einberufung eines außerordentlichen Parteitags, der Stellung zu den umstrittenen Fragen nehmen soll, da sie der Zentrale das politische und moralische Recht absprechen, allein und selbstherrlich über die Köpfe der Arbeiterschaft hinweg über Fragen zu entscheiden, von denen die gesamte Existenz der Partei abhänge. In einer Gegenerklärung teilt die Zentrale mit, daß sie das gesamte Material über die Märzaktion der Exekutive der dritten Internationale unterbreiten wolle, um deren Entscheidung einzuholen. Sobald die Verhältnisse es irgendwie gestatteten, werde die Zentrale den Parteitag einberufen, wenn irgend möglich, noch vor dem 3. Weltkongreß, der am 1. Juni stattfindet.

In einem Schreiben an die Zentrale der K. P. D. hat der aus der Partei ausgeschlossene Paul Levi gegen seinen Ausschluß Berufung beim Zentralausschuß eingelegt. Wie die Rote Fahne mitteilt, wird diesem Appell Rechnung getragen werden.

•

### Eisberge im Atlantischen Ozean.

Die amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften haben die Mitteilung erhalten, daß im Atlantischen Ozean neuerdings größere Eisberge aufgetaucht sind. Die Schiffahrtsgesellschaften haben darauf ihren Schiffen den Befehl gegeben, in den nächsten Wochen die Route zwischen Europa und Amerika 60 Seemeilen weiter südlich zu nehmen.

### Schneesturm auf der Nordsee.

In der Nordsee tobt seit 24 Stunden ein außergewöhnlich schwerer Nordsturm, verbunden mit Regen- und Schneefällen. Die Temperatur ist auf den Gefrierpunkt gesunken, was den ganzen Winter über nicht der Fall war. Bei den Faroer Inseln erlitten mehrere Segelschiffe und Fischerboote Schiffbruch. Alle Leuchtturmstationen geben dringende Sturmwarnungen.

## Das Branntweinmonopol.

Dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat liegt z. Zt der Entwurf eines neuen Gesetzes über das Branntweinmonopol vor, der gegenüber dem bisher geltenden allerdings inzwischen mehrfach veränderten Monopolgesetz von 1918 grundlegende Aenderungen aufweist. Rein äußerlich unterscheidet sich der neue Gesetzentwurf dadurch von dem bisherigen, daß er, was auf einen Wunsch des Reichstages zurückgeht, in seinem äußeren Aufbau den Grundsätzen der Reichsabgabenordnung angepaßt worden ist. Den letzten Anstoß zu der Vorlage hat wohl die zum Teil von London und Paris her dringend angeregte Notwendigkeit ergeben, neue Einnahmen für das Reich auch aus dem Branntwein zu schaffen. Bisher war die Einnahme des Monopols auf 800 ℳ für 100 Liter reinen Weingeist festgesetzt, eine Ziffer, die seit 1918 unverändert geblieben ist. Sie wird jetzt verfünffacht und als Mindestsatz werden 4000 ℳ für 100 Liter reinen Weingeist vorgeschlagen. Es muß dabei allerdings hervorgehoben werden, daß beim Erlaß des Gesetzes von 1918 der Branntwein sich bereits auf 250 ℳ stellte, während jetzt Preise von 8000 bis 12500 ℳ für 100 Liter reinen Weingeist bezahlt werden. Die Begründung nimmt für die nächsten Jahre einen Verbrauch von etwa 400 000 Hektoliter, demnach eine Einnahme von 1,6 Milliarden Mark an, rechnet aber damit, daß bei Erreichung des Beharrungszustandes Verbrauch und Einnahme sich verdoppeln.

Die Aenderungen, die der Entwurf vorsieht, beziehen sich nämlich auf den Verkauf und die Verwertung des von den Brennern erworbenen Alkohols. Bisher haben ausschließlich Likör- und Branntweinfabriken den Trinkbranntwein hergestellt und verkauft, obgleich bereits nach dem Gesetz von 1918 die Monopolverwaltung die Berechtigung zur Branntweinherstellung hatte. Der neue Entwurf erhält diese Berechtigung nicht nur aufrecht, sondern erweitert sie noch dadurch, daß er die Beschränkung der Monopolverwaltung auf Branntwein mit nicht mehr als 10 % Zuckergehalt fallen läßt. In der Begründung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Monopolverwaltung nicht beabsichtigt, nunmehr selbst Liköre usw. herzustellen. Die Privatbetriebe erheben aber natürlicherweise heute schon den schärfsten Widerspruch gegen diese Erweiterung der Rechte der Monopolverwaltung und erklären, daß die in der Begründung ausgesprochene Vereitwilligkeit ihnen die Sicherheit nicht bieten könne, die die gesetzliche Beschränkung geboten habe. Des ferneren wird die Mindestpreisgrenze für den Verkauf der Monopolerzeugnisse aufgehoben und zwar deshalb, weil unter den Preisverhältnissen, wie sie sich seit 1918 entwickelt haben, die Monopolverwaltung sonst gezwungen wäre, ihre Erzeugnisse ganz erheblich unter den Tagespreisen abzugeben. Das bisherige Freigeld, die Abgabe, die der Likörfabrikant dafür zahlte, daß er u. nicht die Monopolverwaltung den Weingeist zu Trinkbranntwein verarbeitete, wird aufgehoben. Es betrug bisher 1 ℳ für den Liter fertigen Trinkbranntwein, d. h. etwa 3 ℳ für den Liter Weingeist. An Stelle dieses festen Freigeldes soll ein Zuschlag von mindestens 30 Proz. treten, der also die Vorbelastung der in privaten Betrieben hergestellten Trinkbranntweine gegenüber dem Monopolbranntwein darstellt. Eine Vorschrift, die unter Umständen die private Trinkbranntweinherstellung lahmlegen könnte, enthält der § 87, nach der die Reichsmonopolverwaltung nicht verpflichtet ist, Branntwein zur Herstellung von Trinkbranntwein abzugeben, so lange ihr eigener Bedarf für diesen Zweck nicht sichergestellt ist.

Eine grundsätzliche Neuerung stellt auch die Vorschrift des § 92 Absatz 2 dar (alter § 129), wonach Branntwein zur Herstellung von Heilmitteln, Riech- und Schönheitsmitteln sowie zu sonstigen gewerblichen Zwecken, zu denen Branntwein bisher zu ermäßigten Verkaufspreisen nicht abgegeben

---

Dieses Leben ist nicht eine Gesundheit, sondern ein Gesundwerden, nicht ein Wesen, sondern ein Werden, nicht eine Ruhe, sondern eine Uebung. Wir sind es noch nicht, wir werden es aber. Luther.

## Im Schatten der Schuld.

67) Original-Roman von Hanna Forster.

„Heute nacht werde ich bei der Großmutter wachen, Renate, du mußt dir auch einmal eine ganze Nacht Schlaf gönnen. So kann es wirklich nicht weiter gehen, sonst brichst du demnächst zusammen."

Es war Anneliese von Lowitz, die diese Worte zu ihrer Freundin sprach. Die beiden jungen Damen saßen im Wohnzimmer Frau von Nehrings, wo sie im Erker eben eine Mittagsmahlzeit eingenommen hatten.

Renate von Ullmer sah blaß und müde aus, und tiefe Schatten lagen unter ihren Augen, die all ihren früheren sonnigen Glanz verloren hatten. Mit einem schattenhaften Lächeln wandte sie sich jetzt an die Baronesse und antwortete:

„Man bricht nicht so leicht zusammen, Anneliese. Gerade wir Frauen können sehr viel mehr aushalten, als wir wissen und glauben — ich will abwarten, was der Arzt heute sagt. Ich muß dir bekennen, daß ich das Schlimmste für Großmutter fürchte. Seit heute früh sieht sie noch verfallener aus, und dieses Hindämmern in völliger Bewußtlosigkeit, nur zuweilen von einem leisen, unverständlichen Murmeln unterbrochen, ist so erschreckend unheimlich."

Anneliese nickte ernst. „Auch ich habe keine Hoffnung mehr. Aber, liebste Renate, ist nicht in diesem Fall der Tod als eine Erlösung zu begrüßen? Du weißt ja, was der Professor aus Berlin sagte — sollte sie die Krankheit überstehen, dann wird sie wahrscheinlich in ihrer Gehirntätigkeit beschränkt sein und wohl dauernd in einer Anstalt untergebracht werden müssen. Das wäre doch schrecklich!"

Ein leiser schmerzlicher Seufzer entrang sich Renates Brust.

Anneliese stand auf.

„Ich werde drüben in der Wirtschaft noch nach dem Rechten sehen — du legst dich ein paar Stunden hier auf den Diwan, Renate, ja? Vor vier Uhr brauchst du Frau Möller nicht abzulösen. Ich warte das Kommen des Arztes ab, ehe ich nach Lowitz zurückkehre."

Renate folgte dem Rate der Freundin und legte sich für einige Stunden zur Ruhe nieder.

Gegen vier Uhr kam der Arzt und untersuchte die Patientin eingehend. Etwas an ihrem Aussehen gefiel ihm nicht.

Als er sich endlich aufrichtete, sprach ein tiefer Ernst aus seiner Miene. Mit leiser Stimme sagte er:

„Die Kranke ist sehr schwach, das Herz arbeitet nur noch matt und unregelmäßig. Das Ende kann schon in den nächsten Stunden eintreten."

Tief ergriffen blickte Renate auf das fahle und so schreckhaft veränderte Antlitz der Großmutter. Sie fühlte in diesem Augenblick nur ein heißes Mitleid mit dieser Frau, die seit ihres Lebens durch eigene Schuld herzensteinsam und unzufrieden gewesen, und der all ihr Stolz und der durch eine schwere Sünde errungene Reichtum nicht hatte über diese innere Einsamkeit hinweghelfen können.

Sie war so in ihre Gedanken vertieft, daß sie gar nicht merkte, wie ihre Freundin mit dem Arzt hinausging, und wie dann, als diese zurückkam, die alte Wirtschafterin das Gemach verließ. Erst noch einer ganzen Weile, als Anneliese sie leise bei ihrem Namen nannte, fuhr sie auf. Ihre Augen standen voller Tränen.

Die Baronesse sprach ihr beruhigend und tröstend zu. Und dann saßen die beiden Freundinnen schweigend vor dem Bett, und sahen auf das verfallene Antlitz, das immer blasser wurde. Mehrere Stunden hatten sie wohl so gesessen. Da veränderte sich mit einem Mal das Gesicht Frau von Nehrings. Ein Zucken ging darüber hin, die Hände fuhren krampfhaft über die Decke, die Augen öffneten sich groß und weit.

Anneliese trat zurück und so fiel der Blick der Sterbenden auf ihre Stiefelkette, die ihre jungen warmen Hände auf die welken Hände legte und voll heißen Mitleides die Kranke ansah. Und jetzt wollte Frau von Nehring sprechen, gewaltsam zwang sie mit dem letzten Rest ihrer Willenskraft ihren Körper zum Gehorsam — sie richtete sich ein wenig auf, sie öffnete die Lippen, doch nur schwache Laute entrangen sich ihnen. Da trat mit einem Mal ein solcher Ausdruck von angstvoller Frage in ihre Augen, daß Renate tief erschüttert war. Sie wußte, was die Sterbende ängstigte. Rasch beugte sie sich nieder und wie ein Hauch vernahm sie doch die Worte: „Dein Testament — niemand, versprich es noch einmal — —"

Leise, aber mit fester Stimme sagte Renate dicht an dem Ohr der Sterbenden: „Mein Versprechen halte ich" — und diese Worte klangen wie ein Gelöbnis. (Forts. folgt.)

### König Karlchens letzte Abenteuer.

Karl sprach zu Horthy: „Bitte zu verlesen —
Durch Uns wird nun der Ungarn Reich verwesen."
Der Reichsverweser aber zur Revanche
Statt Salz und Brot gab ihm nur — Stein à manger.

Nach Pest im Auto fuhr ihn ein Herr Schein
Karl sprach beim Abschied: „Freiherr sollste sein!"
Als erste Tat von seinem Schwindelthron
Und letzte schuf er einen — Scheinbaron!

Zu heiß war ihm die Schweizer Gletscherwelt
Da hat man ihn in Spanien — kaltgestellt.
Wer so vom Regen in die Traufe hüpft
Dem darf man glauben, nennt er sich — verschnupft.

Bakel.

wischen Europa und Amerika
nehmen.

**f der Nordsee.**

24 Stunden ein außergewöhn-
nden mit Regen- und Schnee-
uf den Gefrierpunkt gesunken,
nicht der Fall war. Bei den
Segelschiffe und Fischerboote
ionen geben dringende Sturm-

## weinmonopol.

Reichswirtschaftsrat liegt z. Z.
setzes über das Branntwein-
em bisher geltenden allerdings
en Monopolgesetz von 1918
wirft. Ein äußerlich unter-
wurf dadurch von dem bisheri-
isch des Reichstages zurückgeht,
n Grundsätzen der Reichsab-
n ist. Den letzten Anstoß zu
eit von London und Paris her
Zeit ergeben, neue Einnahmen
ranntwein zu schaffen. Bisher
pols auf 800 M für 100 Liter
Ziffer, die seit 1918 unverän-
ht verfünffacht und als Min-
0 Liter reinen Weingeist vor-
dings hervorgehoben werden,
en 1918 der Branntwein sich
rend jetzt Preise von 8000 bis
Weingeist bezahlt werden. Die
hsten Jahre einen Verbrauch
nnach eine Einnahme von 1,6
er damit, daß bei Erreichung
rauch und Einnahme sich ver-

Entwurf vorsieht, beziehen sich
Verwertung des von den Bren-
her haben ausschließlich Likör-
rinkbranntwein hergestellt und
m Gesetz von 1918 die Mo-
ng zur Branntweinherstellung
it diese Berechtigung nicht nur
uch dadurch, daß er die Be-
ung auf Branntwein mit nicht
en läßt. In der Begründung
iesen, daß die Monopolver-
mehr selbst Likör usw. herzu-
theben aber natürlicherweise
rspruch gegen diese Erweite-
erwaltung und erklären, daß
rochene Bereitwilligkeit ihnen
, die die gesetzliche Beschrän-
eren wird die Mindestpreis-
onopolerzeugnisse aufgehoben
Preisverhältnissen, wie sie sich
opolverwaltung sonst gezwun-
heblich unter den Tagespreisen
id, die Abgabe, die der Likörfa-
t die Monopolverwaltung den
verarbeitete, wird aufgehoben.
tier fertigen Trinkbranntwein,
Weingeist. An Stelle dieses
ag von mindestens 30 Proz.
g der in privaten Betrieben
gegenüber dem Monopol-
schrift, die unter Umständen
ellung lahmlegen könnte, ent-
ichsmonopolverwaltung nicht
Herstellung von Trinkbrannt-
gener Bedarf für diesen Zweck

ng stellt auch die Vorschrift
29), wonach Branntwein zur
ech- und Schönheitsmitteln
Zwecken, zu denen Brannt-
aufspreisen nicht abgegeben

---

das Gesicht Frau von Neh-
ber hin, die Hände fuhren
en öffneten sich groß und weit.
o fiel der Blick der Sterben-
ihre jungen warmen Hände
d voll heißen Mitleides die
Frau von Nehring sprechen,
ten Rest ihrer Willenskraft
sie richtete sich ein wenig
nur schwache Laute entran-
inem Mal ein solcher Aus-
ihre Augen, daß Renate tief
as die Sterbende ängstigte.
wie ein Hauch vernahm sie
ent — niemand, versprich es

e sagte Renate dicht an dem
ersprechen halte ich" — und
löbnis. (Forts. folgt).

## etzte Abenteuer.

te zu verlesen —
ngarn Reich verwesen."
Revanche
nur — Stein à manger.

ein Herr Schein
Freiherr sollte sein!"
windelthron
Scheinbaron!

er Gletscherwelt
— kaltgestellt.
rause hupft
t er sich — verschnupft.

**Bakel.**

---

wurde, nach näherer Bestimmung des Reichsfinanzministers zu ermäßigten Verkaufspreisen in Zukunft abgegeben werden darf. Der 3. bis 8. Abschnitt des Gesetzes, die die Vorschriften für die Herstellung, Uebernahme des Branntweins usw. von den Brennern behandeln, sind eigentlich lediglich redaktionell umgearbeitet, zum Teil verkürzt worden. Dadurch bleibt die bisherige Rechtslage bestehen, die ein Vorrecht alter Brennereien darstellt und die das Entstehen neuer noch mehr erschwert, als dies die riesigen Anlagekosten an sich schon tun. Eigentlich widerspricht dies dem Zwecke des Gesetzes. Denn dieses geht ja der ganzen Anlage nach, sowie nach den Bestimmungen über die Errechnung der Uebernahmepreise, die Verwendung von Schlempe, Dünger usw. dahin, die Spiritusbrennerei den Zwecken der Landeskultur und der Bodenverbesserung und damit also der Hebung der Bodenerträge dienstbar zu machen. Mit diesem Zweck aber verträgt sich eine in der Praxis dauernde Privilegierung der alten Brennrechte, im wesentlichen der früheren fast jahrzehntealten Kontingente, eigentlich recht schlecht.

### Gegen die geplante Biersteuererhöhung.

Die sämtlichen deutschen Brauereiverbände haben sich mit der Absicht der Regierung, die Biersteuer zu vervierfachen, eingehend beschäftigt und — in der Tendenz ähnlich wie jüngst das bayrische Braugewerbe — eine Entschließung gefaßt, die eine derartige Maßnahme für unmöglich erklärt, ohne daß, namentlich in der Zeit des Uebergangs von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft, der Ruin der meisten Brauereien u. damit zahlloser Brauereien herbeigeführt werde. Eine Biersteuererhöhung könne günstigsten Falls erst dann in Frage kommen, wenn die Brauereien infolge ausreichender Rohstoffbelieferung wieder in der Lage seien, ein gutes und preiswertes Bier herzustellen. Eine Vervierfachung der Steuer wäre aber undurchführbar ohne Vernichtung des größten Teils der Brauindustrie.

## Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 19. April 1921.

Das Landesfinanzamt, Abteilung für Besitz und Verkehrssteuern, hat das berufsmäßige Ortssteueramt Dettingen, Finanzamts Urach, dem Zollbetriebssekretär Brezler in Wildberg, Finanzamts Altensteig, in der Stellung eines Steuerassistenten übertragen.

Durch Verfügung des Herrn Reichspräsidenten ist ernannt worden: zum Regierungsamtmann Zeughauptmann a. D. Ehinger, vom Versorgungsamt Calw.

**Pfarrbesetzung.** Ein Erlaß des Ev. Konsistoriums in Württemberg vom 5. April regelt auf Grund des neuen Pfarrbesetzungsgesetzes das Verfahren im einzelnen. Die mündliche Verhandlung eines Vertreters der Oberkirchenbehörde mit dem Kirchengemeinderat, die dem Ausschreiben der Stelle voranzugehen hat, soll in der Regel durch den Prälaten des Sprengels geschehen; bei dessen Verhinderung kann der Dekan der Diözese damit beauftragt werden. Außer dem Protokoll über diese Verhandlung ist der Oberkirchenbehörde eine Aeußerung des Dekanatamts über die Besetzung vorzulegen; diesem ist deswegen vom Vorsitzenden des Kirchengemeinderats ebenfalls ein Protokollauszug über die Besprechung mit dem Vertreter der Oberkirchenbehörde einzusenden. Einwendungen gegen den aus der Zahl der Bewerber von der Oberkirchenbehörde Benannten können binnen drei Wochen nach Eingang des Benennungserlasses vom Kirchengemeinderat beim Dekanatamt geltend gemacht werden. Der Verzicht auf Einwendungen ist alsbald dem Dekanatamt anzuzeigen.

**Luther-Abend des Evang. Volksbundes.** Anläßlich des 400jährigen Gedenktags des Reichstags von Worms veranstaltete am Sonntag Abend die hiesige Ortsgruppe des Evang. Volksbundes einen sehr schönen Luther-Abend. H. Rektor Kiefner hieß die zahlreich erschienenen Gäste willkommen und wies dann in kurzen, markigen Worten auf die Bedeutung des Tages hin. Sodann folgte ein gemischter Chor: „Wachet auf ruft uns die Stimme". Nach diesem hielt H. Dekan Otto die Festansprache und zeigte dabei in einstündiger Rede, welchen Kampf Luther einst auf dem Reichstag zu Worms zu kämpfen hatte. Hierauf ergriff H. Rektor Kiefner nochmals das Wort und dankte H. Dekan Otto für seine Schilderungen und schloß mit dem Wunsch, daß unserer so glaubensarmen Zeit recht bald ein so starker Glaubensheld wie Luther einer gewesen, erstehen möge. G. V.

**Konzert.** Die hiesige Stadtkapelle hält am kommenden Sonntag in der Seminarturnhalle unter freundlicher Mitwirkung des Lieder- und Sängerkranzes ein Konzert ab. Das 16 Nummern umfassende Konzert ist gut zusammengestellt und die eifrige Uebung der Musiker verspricht einen genußreichen Abend. Der Lieder- und Sängerkranz wird unter der bewährten Leitung des H. Hauptlehrer Gried vier Chöre zu Gehör bringen. Man darf deshalb erwarten, daß die Kapelle durch zahlreichen Besuch unterstützt wird, zumal dieselbe gewissermaßen als gemeinnützige Einrichtung betrachtet werden darf. Die Preise sind nieder gehalten, um recht Vielen den Besuch zu ermöglichen. Der Reinertrag wird zur Deckung der Kosten für Neubeschaffung von Musik-Uniformen verwendet. Nötigenfalls ist die Turnhalle geheizt.

* **Geflügel- und Kaninchenzüchter-Verein Nagold.** Am Sonntag den 17. April versammelten sich die Mitglieder des Vereins im Gasthaus zum Löwen. Nach Begrüßung durch den Vorstand Herrn Flaschnermeister Kehle wurde der geschäftliche Teil erledigt. Unter anderem wurde die im Herbst abzuhaltende Bezirks-Geflügelausstellung eingehend besprochen und der Wunsch geäußert, der im letzen Jahr gegründete Bezirksverband möge in Bälde die Mitglieder der 3 Vereine, Altensteig, Nagold und Wildberg zu einer gemeinsamen Versammlung einberufen, um den vom Landesverband vorgeschriebenen Bestimmungen gerecht zu werden. Die Anlegung von geschlossenen Fußringen bei Geflügel wurde warm empfohlen. Da zur Aufzucht von Junggeflügel bessere Futtermittel benötigt werden und ein Abschlag derselben in nächster Zeit nicht zu erwarten ist, beschloß die Versammlung den sofortigen Ankauf von prima Perlreis, wovon mehrere Zentner durch die Mitglieder bestellt wurden. Um den abwesenden Vereinsmitgliedern Gelegenheit zu geben, solchen zu kaufen, können diese ihren Bedarf bei Flaschnermeister Kehle anmelden, wo derselbe auch abgeholt werden kann. Viel angenehmes brachte die folgende Verlosung von Bruteiern von rassereinem Geflügel. Der Vorstand gratulierte den glücklichen Gewinnern derselben und wünschte ihnen guten Erfolg und forderte zugleich Mitglieder auf in diesem Jahre etwas gutes herauszuzüchten, um im Herbst auch gute Stämme zeigen zu können.

* **Schmiede-Innung Nagold.** Die am Sonntag den 17. ds. Mts. im Gasth. z. Schwanen in Altensteig abgehaltene Versammlung war sehr gut besucht. Obermeister Theurer begrüßte die Erschienenen und besonders den als Gast anwesenden Obermeister Schumann der Schmiede-Innung Herrenberg. Der erste Punkt der Tagesordnung betr. Wahlen fand seine Erledigung dadurch, daß die ausscheidenden Ausschußmitglieder Wallraff-Altensteig und Huber-Effringen durch Akklamation wiedergewählt wurden. Kassier Bühler Altensteig trug den Kassenbericht vor. Es betragen die Einnahmen 453.50 M, die Ausgaben 446.30 M. Somit Kassenbestand 7.20 M. Sodann fand Einzug der Beiträge fürs erste Halbjahr statt, einschl. der Kosten für die eingeführte Fachzeitung. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Zustellung dieser Zeitung noch nicht regelmäßig erfolgt. Diesen Unregelmäßigkeiten, die teils bei der Ausgabestelle, teils bei den betr. Postämtern ihren Ursprung zu haben scheinen, soll abgeholfen werden. Es wurde auch Klage darüber geführt, daß von einzelnen Kollegen weit unter Preis gearbeitet werde, zum Schaden ihrer selbst und zum Schaden der ganzen Innung, was vom Vorstand scharf gerügt wurde und gebührende Zurechtweisung der betr. Mitglieder zur Folge hatte. Nötigenfalls sollen strenge Maßnahmen, die zu Gebote stehen, angewendet werden. Der Obermeister machte noch Mitteilungen über den Kohlenbezug im vergangenen Jahr und schon wieder droht ein Mangel an Schmiedkohlen, doch wäre zu wünschen, daß dieser Mißstand nicht wieder schlimme Formen annehmen werde. Kollege Wallraff dankte für den Mitgliedern für das durch die Wiederwahl in den Ausschuß erwiesene Vertrauen und mahnte zu Einigkeit und gegenseitigem Vertrauen. Zum Schluß sprach der Obermeister noch allen Kollegen den Dank aus und schloß die Versammlung.

**Frauenturnen.** Unter der bewährten Leitung des H. Obergauturnwart Niederer fanden sich letzten Sonntag in der Turnhalle hier eine stattliche Anzahl Vorturnerinnen und Vorturner zusammen zu einer Uebungsstunde für das Frauenturnen. Beim Anblick der vielseitigen Körperbewegung die die eingeübten Freiübungen als auch die Geräteübungen am Reck, Barren und Pferd brachten, war manchem Zweifler das Vorurteil entnommen als sei das Frauenturnen eine nicht mindestens ebenso berechtigte Notwendigkeit als wie bei der männlichen Jugend. Viel Spaß machten noch die ausgeführten Spiele mit Korbball, Faustball und Wettlauf. Möchte der Eifer der Vorturnerinnen auch auf hiesige Damen aller Stände die nötige Anregung gegeben haben, daß die hiesige Vereinsleitung des Turnvereins dem Wunsche Rechnung tragend auch in Bälde der Förderung des Frauenturnens näher treten wird durch Bildung einer Damenriege. Gut Heil.

**Milchlieferungsverträge.** Gestern nachmittag fand eine Zusammenkunft der Liefer- und Versorgergemeinden statt. Nach einleitenden Worten, welche Stadtschultheiß Maier in Vertretung des im letzten Augenblick verhinderten Oberamtmanns Münz sprach, ergriff Herr Amtmann Gözler das Wort und legte nochmals das Wesentlichste über den Milchlieferungsvertrag auseinander. Wir schilderten das Wesen dieses Vertrages bereits in unserem ersten Sitzungsbericht. Darauf besprach man den Vertragsentwurf noch einmal, Paragraf für Paragraf. Wesentliche Unstimmigkeiten ergaben sich nicht. Wo Unklarheiten vorlagen, wurden diese aufgeklärt. — Dabei wurde nochmals die Zugfrage angeschnitten. Es konnte, wie die Vertreter der Stadt Pforzheim und die Milchlieferer des oberen Nagoldtales darlegten, den Wünschen den Zug 6.50 auf 6.10 zu verlegen nicht willfahren werden, da sonst nicht die Gewißheit bestand, daß die Milch rechtzeitig ausgeliefert würde. Man einigte sich dahin, den Zug 6.30 abfahren zu lassen.

**Die Frage der Milchbewirtschaftung in der Ernährungsministerkonferenz.** Bremen, 18. Apr. Die Konferenz der Ernährungsminister, die heute hier unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes zusammengetreten ist, beschäftigte sich eingehend mit der Milchbewirtschaftung. Die Aussprache ergab Uebereinstimmung darüber, daß die bisherige Form der Bewirtschaftung nicht aufrecht erhalten werden kann. Als Ergebnis der Verhandlungen über die neuen Wege, die nunmehr zu beschreiten sind, ist folgendes festzustellen: Die Konferenz ist in ihrer weitaus überwiegenden Mehrheit grundsätzlich der Meinung, daß die Erfassung von Milch und Butter im Wege des öffentlichen Zwangs möglichst bald restlos aufgehoben wird. Zur Erleichterung der Umstellung sollen die Länder mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung u. Landwirtschaft für eine beschränkte Uebergangszeit ermächtigt werden, auf Grund vorangegangener Verhandlungen mit den etwa beteiligten Nachbarländern vorübergehend besond. Bewirtschaftungsbestimmungen zu erlassen. Die bisherigen Milchlieferungsbeziehungen sollen dabei aufrecht erhalten werden. Die bisherigen Beschränkungen für den Verbrauch von Milch in den gewerblichen Betrieben einschließlich der Gastwirtschaften sollen weiter in Geltung bleiben. Den Kommunalverbänden und Gemeinden verbleibt die Berechtigung, im Interesse der gleichmäßigen Versorgung ihrer Verbraucher die Verteilung der Milch innerhalb ihrer Bezirke zu regeln.

r **Die Häutepreise ziehen an.** Auf der Zentralauktion in Mainz herrschte festere Stimmung. Die Erlöse für süddeutsche Kuh-, Rinder- und Ochsenhäute betrugen 8.20 bis 11.50 M (beim Verkauf im März 7.75—10.50), für Bullenhäute 6—10.80 M (6.10—9.40), und für Kalbfelle 16,25 M (14.60) pro Pfund.

**Stammholzverkauf.** Altensteig, 16. Apr. Die hiesige Stadtgemeinde verkaufte aus Stadtwald Hagwald 700 Fm. Stammholz mit einem Ausgebot von 76 000 M und einem Erlös von 170 000 M = 225% der Forsttaxe an die Firma Finkbeiner & Klumpp in Besenfeld.

## Württemberg.

### Ein neues Landeswappen Württembergs.

Nach der Verfassung werden die Landesfarben und das Landeswappen Württembergs durch Gesetz bestimmt. Nach langen Erwägungen und Versuchen soll nunmehr dem Landtag ein Entwurf vorgelegt werden, dessen Hauptbestandteil der Schild, in vier Felder geteilt zweimal die drei liegenden schwarzen Hirschstangen in Gold, zweimal die bisherigen Landesfarben Schwarz und Rot zeigt. Vom Wappen mußten die monarchistischen Hoheitszeichen, Krone und Helm, weggelassen werden. Bei der Frage, ob das ganze Wappen abzuändern oder ein Teil beizubehalten sei, lag jedenfalls die Gefahr nahe, daß eine völlige Neuschaffung willkürliche Formen ohne geschichtliche oder sachliche Bedeutung herbeiführte, bei denen zweifelhaft wäre, warum dies gerade das württembergische Wappen sein sollte. Es wäre sicher nicht verstanden worden, wenn nicht die alten und altbekannten Hirschstangen beibehalten worden wären, da ja auch der Name Württemberg bleibt. Sie allein zu führen, geht nicht an, weil dies das Stammwappen des früheren Fürstenhauses darstellte. Sie in Verbindung mit den drei Löwen beizubehalten, ist nicht angezeigt, weil die Löwen recht eigentlich das Kennzeichen des Königswappens wären und weil Hirschstangen und Löwen zusammen von der bisherigen königlichen Familie weitergeführt werden. So legte sich der Gedanke nahe, daß endlich die seither fehlenden Landesfarben ihren Platz im Wappen finden. Das ist aus Gründen der Schönheit so geplant, daß nicht etwa der Schild in zwei Hälften geteilt wird, deren eine die Hirschstangen, deren andere die Farben enthält, sondern so, daß in vier Feldern Hirschstangen und Farben abwechseln und daß in den Farbenfeldern der Form der Stangen entsprechend die Farben in schmäleren gezackten Querstreifen sich wiederholen. So weist das neue Wappen in gefälliger Form einen sinnvollen ungesuchten Inhalt, Namen und Farbe des Landes, auf. Für die Stempel der höchsten Staatsbehörden und für feierlichere Ausschmückung kann dieses Wappen von zwei goldenen Hirschen gehalten werden, die auf einem roten, schwarzgeränderten Bande stehen, wie ein solches auch über dem Wappenschilde flattert.

r **Trauerfeier.** Stuttgart, 17. Apr. Zum Gedächtnis der verstorbenen Kaiserin Auguste Viktoria veranstalteten gestern abend die Württ. Bürgerpartei und die Deutsche Volkspartei gemeinschaftlich eine Trauerfeier im Gustav Siegle-Haus, die aus allen Kreisen der Stadt, nicht nur denen der rechtsstehenden Parteien, einen gewaltigen Andrang aufwies. Hunderte von Besuchern fanden keinen Platz mehr. Stimmungsvolle musikalische Darbietungen umrahmten diese Kundgebung in dem zu einer Friedhofskapelle umgewandelten großen Saal. Frau Pfarrer Giese sprach einen selbstgedichteten Prolog, Garnisonpfarrer Stadelmann-Ludwigsburg feierte in seiner Gedächtnisrede die Kaiserin als Frau und Mutter, die am gebrochenen Herzen gestorben ist und deren Andenken ein heiliges Erbe für unser Volk bleibt.

**Schultheißenwahl.** Aichelberg OA. Calw, 18. Apr. Bei der gestern hier stattgefundenen Schultheißenwahl erhielt August Weinland von Leinach 147, Karl Schober, Oberfeldwebel von Ulm 37 Stimmen. Weinland ist somit gewählt.

**Eifrige Spender!** Neuenbürg, 14. Apr. Von Frau Emil Seeger sind zum Glockenfonds 2000 M gestiftet worden. Seit Ostern hat nunmehr unser Glockenfonds um 5430 M zugenommen.

**Diebstahl.** Herrenberg, 16. Apr. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag wurde auf raffinierte Weise in das Ladenlokal des Herrn Kaufmann Gustav Goll hier eingebrochen und für etwa 50 000 M Anzugstoffe und andere Waren entwendet. Die Landjägermannschaft entfaltete gestern im Verein mit zwei zugezogenen Stuttgarter Kriminalbeamten eine eifrige Tätigkeit. Es ist zu hoffen, daß es bald gelingen wird, die Einbrecher hinter Schloß und Riegel zu bringen.

r **Die Beamtenvertretungen.** Am 9. April waren die Vertreter der Beamtenverbände von Bayern, Baden, Hessen und Württemberg in München versammelt, um zu der Frage der in Artikel 130 der Reichsverfassung vorgesehenen Beamtenvertretungen, die bis heute noch nicht ins Leben gerufen sind, Stellung zu nehmen. Es wurde eine Einigung im Sinne des Entwurfs des Bayerischen Beamtenbundes, der sich übrigens durchaus nicht mit demjenigen der Bayerischen Regierung deckt, erzielt. Die Vertreter Württembergs haben ihre Zustimmung davon abhängig gemacht, daß bezüglich des Einflusses der Organisationen auf die gesetzlichen Beamtenvertretungen nachhaltige Sicherungen, die hier nicht im einzelnen aufgeführt werden können, aufgenommen werden und daß das Mitbestimmungsrecht im Sinne des Entwurfs des Deutschen Beamtenbundes gewahrt bleibt.

## Letzte Drahtnachrichten.

### Die Auslieferung des deutschen Goldschatzes.

**Berlin, 18. Apr. Wie wir erfahren, ist von der Reparationskommission an den Vorsitzenden der deutschen Kriegslastenkommission die Aufforderung gerichtet worden, die Goldbestände der Reichsbank und der übrigen deutschen Notenbanken bis zum 1. Mai nach Plätzen im besetzten Gebiet, etwa Köln oder Koblenz, überzuführen. Diese Maßnahme soll eine Sicherheit für die deutschen Leistungen auch nach dem 1. Mai sein. Die deutsche Regierung soll sich verpflichten, daß ohne Zustimmung der Reparationskommission über dieses Gold zur Befriedigung anderer Gläubiger nicht verfügt wird. — Eine schriftliche Uebermittelung dieser Aufforderung steht noch aus. Jedenfalls darf schon jetzt kein Zweifel darüber gelassen werden, daß hier eine Forderung vorliegen würde, der von deutscher Seite unter keinen Umständen entsprochen werden kann.**

### Eine französische Sondernote an Bayern.

Berlin, 19. Apr. Wie das Berl. Tageblatt aus Wien von angeblich sehr gut unterrichteter Quelle erfährt, hat die franz. Regierung an Bayern eine Sondernote gerichtet, in welcher Frankreich gegen die angeblichen bayerischen Umtriebe in Tirol protestiert und die bayer. Regierung für die Abstimmungsbewegung verantwortlich macht. Sie macht die bayer. Regierung darauf aufmerksam, daß ihr Verhalten gegen den Friedensvertrag von Versailles verstoße. Die franz. Regierung stützt ihre Note auf ein umfangreiches Beweismaterial, das sie, wie sie angibt, in Tirol in Besitz bekommen haben will.

### Sozialistische Leitsätze über die Reparationsfrage.

Berlin, 19. Apr. „Vorwärts" und „Freiheit" veröffentlichen die Leitsätze über die Reparationsfrage, die der Allg. Gewerkschaftsbund der Reichsregierung unterbreitet hat. Es werden darin neue Anerbieten über den Wiederaufbau Frankreichs gefordert, die der französischen Regierung sofort zu machen seien. Mittels einer großen internationalen Anleihe

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

soll die Finanzkalamität Frankreichs und Belgiens gemildert werden. In Ausführung der Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam soll ein internationales Reparationsinstitut gebildet werden, dem das Studium der technischen Organisation und die allgemeine und finanzielle Verwaltung der Wiederaufbauarbeiten zu übertragen ist. Der eigentliche Wiederaufbau soll unter Beteiligung deutscher Arbeitskräfte geschehen.

### Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 19. Apr. Die Bildung eines Uebergangsministeriums, das aus Zentrum, Demokraten und Beamten zusammengesetzt ist, ist als endgültig gescheitert zu betrachten. Die demokratische Fraktion beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, sich nicht an einem solchen zu beteiligen. Minister Fischbeck wird in ein derartig zusammengesetztes Kabinett nicht eintreten. — Dem „Berl. Tagbl." zufolge will Stegerwald nun versuchen, ein reines Beamtenministerium zu bilden. — Nach einer anderen Version, welche die Voss. Ztg. wiederholt, seien Verhandlungen im Gange, ein Kabinett auf der Grundlage der früheren Koalition zu bilden. Die Aussichten einer Wiederkehr der früheren Koalition werden von dem Blatte als günstig bezeichnet.

### Eine neue Unruhegefahr in der Provinz Sachsen.

Berlin. Wie die „Vossische Ztg." aus Halle meldet, haben die Leunawerke bisher nur 5000 Arbeiter und Angestellte wieder eingestellt. Da auch zahlreiche andere Betriebe nur Teile der Arbeiterschaft wieder aufgenommen haben, ist die Arbeitslosigkeit in der Provinz Sachsen sehr groß und droht sich zu einer neuen Gefahr auszuwachsen.

### Die Ueberführung des Sarges der verewigten früheren Kaiserin nach Deutschland.

Doorn, 18. Apr. Nachdem gestern abend um 9 Uhr im großen Saale des Hauses Doorn von Oberhofprediger D. Dryander im engsten Kreise der Familie und des Gefolges die Trauerfeier für die verewigte Kaiserin Auguste Viktoria abgehalten worden war, wurde die Leiche nach dem Bahnhof Moorn überführt, wo der Trauerzug in zahlreichen Autos, deren erstes die Leiche der Kaiserin barg, um 11 Uhr nachts eintraf. Die ganze Strecke vom Hause Doorn bis zur Station war von Neugierigen dicht besetzt. Der vormalige Kaiser mit dem Kronprinzen, der Husarenuniform trug, waren zu erkennen, ebenso die Herzogin von Braunschweig mit ihrem Gemahl. Für einige Augenblicke erhellte das blendende Magnesiumlicht eines Photographen den Bahnhof. Dann versank alles wieder in Dunkelheit und tiefe Stille. Alsdann hörte man die Stimme des Geistlichen, der ein Gebet sprach. Nach den Segensworten wurde der Sarkophag mit der Leiche der Kaiserin aus dem Auto in den Salonwagen getragen. Der Kaiser und die übrigen Familienmitglieder geleiteten den Sarg bis zum Wagen, in dem Prinz Oskar zurückblieb, um die Totenwache zu halten. Die übrigen Teilnehmer an der Ueberführung fuhren in ihren Autos nach Haus Doorn zurück.

Wildpark bei Potsdam, 19 Apr. Der Sonderzug mit dem Sarg der verewigten Kaiserin Auguste Viktoria lief gestern Abend 10¾ Uhr auf der ehemaligen Hofstation ein. Auf dem Bahnsteig hatten sich eingefunden: die frühere Kronprinzessin, die Prinzen Eitel Friedrich und August Wilhelm mit Gemahlinnen, die Gräfin von Ruppin, die Gemahlin des Prinzen Oskar, Oberhofmeister Graf A. zu Eulenburg und die frühere Oberhofmeisterin Gräfin Brockdorff. Freiherr v. Spitzemberg, Kabinettsrat der Kaiserin, geleitete die Versammelten in den Zug, wo diese lange Zeit verweilten. In dem mit Tannengrün ausgeschmückten Sonderwagen, wo der Sarg der Verblichenen stand, legten sie Kranz- und Blumenspenden nieder. Am Fußende des Sarges lag der Kranz des früheren Kaisers aus gelben Rosen. Ringsumher häuften sich die Blumengaben, die während der Herfahrt der toten Kaiserin auf den Bahnstationen gewidmet worden waren.

### Schwerer Schaden durch den Kälterückschlag im Schwarzwald.

Freiburg i. Br., 19. Apr. Der starke Witterungsumschlag der letzten Tage hat auf den Höhen des Schwarzwalds starken Schneefall gebracht. In den niederen Lagen ist an den schon weiter vorgeschrittenen Obstkulturen durch den Kälterückschlag schwerer Schaden angerichtet worden. Besonders die Weinberge werden stark in Mitleidenschaft gezogen, sodaß man für die Weinernte die schwersten Befürchtungen hegt.

## Letzte Kurz-Meldungen.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris protestiert in einer Note erneut gegen das Zollregime am Rhein als eine grobe Verletzung des Versailler Vertrags.

„Daily Telegraph" meldet, daß zwischen Frankreich und seinen Alliierten ein Gedankenaustausch über die Frage weiterer Zwangsmaßnahmen im Gange sei.

Die englische Handelswelt fordert täglich dringlicher die Aufhebung des Reparationsgesetzes oder doch wenigstens eine Aenderung seiner Durchführung, da die 50prozentige Einfuhrabgabe dem englischen Handel schweren Schaden zufüge.

Die Bergarbeiter in Südwales beschlossen die Fortsetzung des Streiks; in anderen Bergwerksbezirken herrscht keine einheitliche Stimmung.

Vor dem Moabiter Sondergericht begann am Montag die Verhandlung wegen des Anschlags auf die Siegesschule.

Im Kreis Querfurt hetzen die Kommunisten von neuem zu Kämpfen und Plünderungen.

Die Konferenz der Ernährungsminister, welche zur Zeit in Bremen stattfindet, befürwortete u. a. die Aufhebung der den Fremdenverkehr einschränkenden Reichsverordnung vom 23. Juli 1919 und bestimmte Stuttgart als Ort der nächsten Konferenz.

## Wirtschaftliche Wochenschau.

**Geldmarkt.** Die deutsche Valuta geht wieder langsam zurück. Am 8. Apr. wurden 100 deutsche Mark in Zürich mit 9,35 am 15. nur noch mit 9,20 Franken notiert; in Amsterdam mit 4,62½, jetzt 4,60 Gulden, in Kopenhagen mit 0,10, jetzt 9 Kronen, in Stockholm mit 6,95, jetzt 6,75 Kronen, in Wien mit 10,58, jetzt 10,10½ Kronen, in Prag 119¼, jetzt 114,29 Kronen, in London mit 2,42¼, 2,47¼ Schilling, in Newyork 1,61, jetzt 1,56 Dollar und in Paris mit 22¾, jetzt 22¼ Franken.

**Produktenmarkt.** Die Preisschwankungen setzen sich die ganze Woche über fort und liessen Tag für Tag eine unerhebliche Tendenz erkennen. In Berlin wurden am 15. April notiert: Viktoriaerbsen 123—135 (plus 5—7), Futtererbsen 100—110 (plus 2—4), Raps 180—190 (—10), Leinsaat 190—220 (—10), Wiesenheu 19—21 (unv.), Stroh 20—21½ (—½), 117—118 (—5) Mark.

**Warenmarkt.** Die erhöhten Kohlenpreise lassen weitere Preisermässigungen in Eisen- und Stahlwaren nicht aufkommen und verhindern auch einen weiteren Abbau der Textilwarenpreise. Das Schuhgeschäft hat sich erholt, aber die Häutepreise beginnen bereits wieder anzuziehen.

**Viehmarkt.** Feste Preise charakterisieren den Markt, besonders für Zuchtvieh. Vom Schlachtvieh ziehen die Schweine schon wieder im Preise an. Pferdepreise sind fest, wie sich aus der letzten Versteigerung in Offenhausen ergab.

**Holzmarkt.** Im März stellten sich die Preise bei den Verkäufen aus den württ. Staatswaldungen für Holz aus neuer Fällung auf etwa 232, im Februar auf etwa 271½ der Anschläge. Die Sägewerke sind schlecht beschäftigt. Auch die Nachfrage für Papierholz hat etwas nachgelassen.

## Eingesandt.

(Für Einsendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Ich halte mich verpflichtet zu erklären, daß ich der gestrigen Anzeige betr. „Einführungskurs für Geisteswissenschaft und Antroposophie" völlig fern stehe und schon das Meinige dagegen getan habe. Ich verweise auf die Warnung am Schluß meiner Vorträge. Stadtpfarrer Dr. Schairer.

**Mutmaßl. Wetter am Mittwoch und Donnerstag.**
Vielfach bedeckt, meist trocken.

---

### Amtliche Bekanntmachung.

In **Bösingen** ist die **Maul- und Klauenseuche erloschen.** Die angeordneten Schutzmaßregeln sind aufgehoben.

Die Gemeinden **Bösingen, Beihingen und Spielberg** zählen jetzt zum **15 Kilometer-Umkreis.** 1840

Nagold, den 18. April 1921. Oberamt:
J. V. Oberj. Vollmer.

---


**Lehrverträge** sind wieder vorrätig bei **G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.**

---

**Ebhausen.**
Verkaufe 1845

**2 Rinder,**
14 und 8 Monate alt.
**Joh. Krauß, Schreinermeister.**

---

**Nagold.**

**Vieh-Verkauf.**

**Morgen Mittwoch, von morgens 8 Uhr ab sind wir wieder mit einem Transport schöner, trächtiger**

**Kalbinnen und Kälberkühe**

**im „schwarzen Adler" in Nagold, wozu wir Kaufs- und Tauschliebhaber einladen.**

**Kahn & Lassar**
1847 **aus Baisingen.**

---

Gegen Einfuhrzusatzmarke I der Brotkarte werden
**300 gr Gries**
zu ℳ 1.90 p. Pfd. bei Conf.-Verein, Heller, Hiller, Kemmler, Keppler und Kanle abgegeben. 1848
18. April 1921.
**Städt. Nahrungsmittelamt.**

---

**Pistenkarten** fertigt G. W. Zaiser

---

Die bestellten
**Heeresgegenstände**
werden am **Mittwoch** den 20. ds. vorm. von 8-11 Uhr auf dem Rathaus abgegeben.
Die eisernen **Bettstellen** können am Mittwoch nachm. von 4—6 Uhr am Gewerbeschulhaus abgeholt werden.
18. April 1921. 1849
**Städt. Nahrungsmittelamt.**

---

**Stadtkapelle Nagold.**

**Am Sonntag den 24. April 1921**
**nachm. 5 Uhr** findet in der **Seminarturnhalle** (ohne Wirtschaft) unter freundlicher Mitwirkung des **Ver. Lieder- und Sängerkranzes** ein 1846

**KONZERT**

statt. **Eintrittspreise** einschl. Steuer u. Programm
I Platz, II. Platz } numeriert } 3 M., 2 M.
III. Platz . . . . . 1 M.
Karten im Vorverkauf bei Herrn **Friseur Weinstein** (Marktstraße) und **Dirigent Weinstein** (Burgstraße) sowie an der Kasse.

---

**Schreiner-Gesuch.**

Suche zum sofortigen oder späteren Eintritt tüchtigen, erfahrenen **Schreinergehilfen oder Meister,** der sich als Zuschneider für Holz und Furnure eignet. Dauernde angenehme und gutbezahlte Stellung zugesichert.
Nur tüchtige, intelligente, bewegliche Bewerber wollen sich melden. 1842
**Möbelfabrik Schnepf.**

---

**Die kleinen** Anzeigen im „Gesellschafter" haben dank der weiten Verbreitung **großen Erfolg.**

---

**Entlaufen**

ist mir meine **Rottweiler Hündin,** auf den Namen „Fanny" gehend und bitte um sofortige Nachricht über deren Aufenthalt. Vor Ankauf wird gewarnt. 1838
**Ludwig Schmid**
**Metzger, Rotfelden**

---

**Kopfläuse** beseitigt radikal über Nacht „Haarclement". Zu haben bei
**Gebr. Benz,** Löwen-Drog.

---

Unterjettingen.
**25—30 Ztr.**
Gerste-, Haber- u. Dinkel-
**Stroh**
(Maschinendrusch) hat zu verkaufen 1839
**Nikolaus Röhm.**

---

Einen schönen gebrauchten
**Sportwagen**
hat zu verkaufen
**Wilh. Benz jr.**
Ebhausen. 1837


---

1841 **Effringen,** den 18. April 1921.

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzl. Teilnahme, welche wir während der Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres treubesorgten Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels

**Joh. Georg Dürr, Goldarbeiter**

erfahren durften, für die zahlreiche Leichenbegleitung von hier und auswärts, für den erhebenden Gesang des Gesangvereins und Kirchenchors, für die vielen Kranzspenden, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen am Grabe, sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Die Gattin **Karoline Dürr,** geb. Kühner mit ihren fünf Kindern.

---


**An kritisierenden Schriften über**
**Dr. Rud. Steiner**
**sind vorrätig:**
Frohnmeyer D. L. Joh., Die theosophische Bewegung ihre Geschichte, Darstellung u. Beurteilung geh. Mk 9.60
Gogarten Fr., Rudolf Steiners „Geisteswissenschaft" und das Christentum . . . . . geh. Mk. 1.80
Leese Kurt, Moderne Theosophie
Traub Prof. Dr. Fr., Steiner als Philosoph und Theosoph . . . . . geh. Mk. 2.50
**G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.**

---

**Mädchen**
fleißiges und ehrliches von 16—18 Jahren sofort od. 1. Mai gesucht. 1850
**Frau Reg.-Rat Thuma**
**Calw, Bahnhof.**

---

**Sommersprossen!**
alle Flecken im Gesicht beseitigt sicher „Dehnco-Crème", Z. Hab. bei Gebr. Benz, Löwen-Drog.

---

**Postscheck-Briefhüllen**
**bei G. W. Zaiser, Nagold.**